Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureaux d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 12 Uhr, 8 Uhr eingeschlossen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr, Nachmittags nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nacht-Telegramme.

Carlsbad, 3. Mai. Der hier weilende Curgast Otto John, Maurermeister aus Steuden bei Halle, wurde heute in nächster Nähe der Stadt, an der Prager Vierarealstraße, auf der Promenade angefallen und am Kopfe schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Man vermuthet einen Act der Privatrache.

London, 3. Mai. Unterhaus. Bradlaugh verweigerte die Eidleistung und verlangte, daß die einfache Erklärung genüge. Cavendish beantragt, Northcote unterstützt und das Haus beschließt die Ernennung eines Ausschusses behufs Entscheidung der Frage.

Rom, 3. Mai. Das Rundschreiben Cairoli's an die Vertreter Italiens im Auslande über die Kammerauflösung und die Neuwahlen besagt, das Ministerium werde sich den Wählern mit dem Programm weiser Reformen im Innern, die Beruhigung und Verschuldlichkeit gegenüber dem Auslande vorstellen. Ein Programm, welches dem Willen einer großen Mehrheit des Landes entspreche.

Ragusa, 3. Mai. 6000 Montenegriner sind nach Podgoritza abgegangen, um das Vordringen der bei Tusi concentrirten Albanesen gegen Podgoritza zu verhindern.

Paris, 3. Mai. Deputirtenkammer. Die Interpellation Lamy's (linkes Centrum) betreffs der Dekrete vom 29. März. Lamy bestritt die Giltigkeit der alten Gesetze, welche zu Gunsten der Dekrete eingeführt seien. Der Justizminister wies die Giltigkeit dieser Gesetze nach, die keineswegs außer Acht gelassen, vielmehr angewendet wurden, so oft man wollte, obwohl man sie zeitweilig aus Gleichgiltigkeit oder straßbarer Conniverenz ruhen ließ. Die Republik habe das Recht, sich zu vertheidigen, die Regierung werde also eine Gesetzgebung anwenden, wie es ihr Recht und Pflicht, die glorreiche Erbschaft der Väter nicht aufgeben werde.

Nr. 125. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Etwas kühler, veränderlich, theilweise aufklärend. **Dresden. Dienstag, 4. Mai.**

Politisches.

Noch niemals ist dem Abg. Eugen Richter vom Bundesrathstische aus applaudirt worden. Am Sonnabend aber geschah das Unerhörte. Je wärmer Richter für das Verfassungsrecht Hamburgs eintrat, desto aufmerksamer lauschten seinen Worten die Bundesbevollmächtigten. Als er aber schwunghaft und überzeugend den Einzelstaaten vorführte, wie jeder Bundesstaat in seiner Existenz bedroht sei, wenn er zu einer Vergewaltigung Hamburgs die Hand biete, da nickten beifällig die meisten der Bundescommissare. „Die Kronen auf den Häuptern der Bundesfürsten sind nicht sicherer als das Reservatrecht Hamburgs", rief Richter den Vertretern der Bundesfürsten am Regierungstische zu und in den brausenden Applaus, den er von allen Seiten erhielt, mischten sich auch die Zurufe mehrerer Bundescommissare. Mag auch die „Nordd. Allg. Ztg." diese Richter'sche Rede „drohend, agitatorisch, ja revolutionär" schelten, so viel ist gewiß, Richter traf mit ihr den Nagel auf den Kopf und der Muth, mit dem er angesichts der Vertreter des Volkes wie der Bundesfürsten diesen Hammerschlag that, verdient nur Anerkennung. Es handelt sich einfach um eine Verfassungsverletzung. Wer sich daran betheiligt, verwirkt sein eigenes Recht. Der Hansestadt Hamburg ist durch Art. 34 der Verfassung die Freihafenstellung verbürgt; nur Hamburg selbst kann das Aufgeben dieses Rechtes verlangen, es darf ihm nicht durch Mehrheitsbeschlüsse genommen werden. St. Pauli ist ein Theil Hamburgs, ein Glied von seinem Leibe. Es gegen den Willen Hamburgs dem Zollverein einverleiben, heißt die Verfassung, ihrem Wortlaute wie Sinne nach, verletzen. Das ist ungeheuer einfach, läßt sich mit Händen greifen und kann nicht durch künstliche Erklärungen verdunkelt werden. Und über allen Lockungen augenblicklicher Vortheile steht die Heilighaltung der Verfassung, die strenge Beobachtung des geschriebenen Rechtes. Bricht und beugt man es, so ist der Schade, den die öffentliche Moral, das allgemeine Rechtsgefühl erleidet, viel größer, als die hierdurch erzielten Augenblicksvortheile. Wer kann den grundstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie mit dem blanken Ehrenschilde guten Rechtes entgegentreten, wenn er ihnen durch Betheiligung an Rechtsverletzungen ein übles Beispiel gab? Es wäre nur zu wünschen, daß die preußische Fortschrittspartei auch früher, wo es sich um die Rechte der Bundesfürsten handelte, mit derselben Entschiedenheit hierfür eingetreten wäre, wie hier Richter that, wo es sich um das Recht eines Freistaates handelte. Windthorst's Bemerkung, daß die preußische Fortschrittspartei bisher sehr kühl gegen das gute Recht der Bundesfürsten sich verhalten habe, war ganz zeitgemäß. Denn diese leistete bisher im Nivelliren auch das Menschenmögliche, sehr im Widerspruche zu der Fortschrittspartei der anderen Bundesstaaten.

Richter wurde zu seinem warmen Anrufen des Verfassungsrechtes namentlich auch dadurch angefeuert, weil der Endzweck der gewaltsamen Zolleinverleibung St. Pauli's die Beseitigung der Freihafenstellung Hamburgs überhaupt ist. Diesen haben wir als überzeugte Anhänger des Schutzzollsystems zu billigen, er heiligt uns aber die angewandten Mittel nicht. Eine offene Politik verhandelte einfach von Reichswegen mit Hamburg über den Zollanschluß Ganz-Hamburgs. Sie würde der alten Hammonia sagen: „Es geht nicht länger, daß du deine Freihafenstellung zum Nachtheile des Gesammtvaterlandes, des ganzen Reiches behältst und ausbeutest; du erschwerst mir den Schutz der Zollgrenzen immer mehr, denn du wirst allmälig der Hauptstapelplatz des Schmuggels, du legst dem Reiche doppelte und dreifache Kosten für die Zollbewachung auf Mache uns Vorschläge, wie deine Stellung im Weltverkehr als erster Handelsplatz des Continents zu erhalten und dabei dem berechtigten Verlangen des Gesammtreiches zu entsprechen ist. Wir geben dir einen billig bemessenen Zeitraum zur Ueberführung in die neuen Verhältnisse". Tochter Hammonia würde sich dieser Er- und Vermahnung ihrer Mutter Germania nicht widersetzen oder Schwerhörigkeit vorschützen können. Lächle man nicht über Geradheit und Aufrichtigkeit in der Politik! Wir sind altfränkisch genug, sie auch in der Politik für die beste Taktik zu halten. Statt dessen aber nicht das Reichs-Interesse, sondern das partikularistische der preußischen Stadt Altona vorführen, ohne jedes Wort der Anfrage mit einem solchen verfassungswidrigen Vorschlage, wie der Zollamputation St. Paulis, wie der Dieb aus der Nacht hervortreten und durch eine Anzahl Daumenschrauben einen Bundesstaat so zu tracassiren, daß ihm das Blut aus den Nägeln spritzt — das ist nicht die richtige bundesfreundliche Art. Wir kennen sie zur Genüge, diese Manier! Wir haben sie in Sachsen bis vielfach an uns erlebt. Es ist — um nur Beispiele der jüngsten Zeit anzuführen — dieselbe Manier, mit der an der Verstaatlichung der Eisenbahnen, an der Einführung des Tabaksmonopols gearbeitet wird. Ein gesundes Gemeinwesen, eine blühende Industrie wird auf einmal überfallen und durch fortgesetzte Quälereien zur Verzweiflung gebracht. Hierbei thue mit, Wer will — Wer sich nicht selbst sein Urtheil sprechen will, hält die Hände davon weg.

Zu derselben Zeit, da in Petersburg durch militärische Deputationen unter Führung des preußischen Generals v. Treskow und des österreichischen Feldmarschall v. Ramming das Dreikaiserbündniß neu aus der Taufe gehoben wurde, fand die Eröffnung des englischen Parlaments statt. Der Sturz der Tories, das neue Whig-Regiment war die Ursache des Ersuchens an Rußland, wieder gut Freund mit Deutschland und Oestreich sein zu wollen. Seltsame Verschlingung der Fäden, widerspruchsvolle Schürzung der Knoten! In Rußland haßte man Niemanden so sehr als Beaconsfield und ersehnte den Wahlsieg des Russenfreunds Gladstone. Kaum ist der Wunsch Thatsache geworden, so findet Rußland, daß sich von Gladstone auch Nichts für russische Erbauungspläne hoffen lasse. In Berlin und Wien wiederum war man russenfeindlich und coquettirte mit England, so lange Beaconsfield regierte; seit aber der Russenfreund Gladstone ans Ruder kam, schwärmt Berlin und Wien wieder für die Russen und wird eiskalt gegen England. Es scheint beinahe, daß der Sieg der freisinnigen englischen Wähler ganz eigenthümliche Pläne der Militairkreise in Berlin und Wien gestört hat. Sonst wäre der Umschlag der auswärtigen Politik der beiden festländischen Kaisermächte, ihr plötzliches Liebeswerben um die Gunst des dritten Kaiserreichs an Stelle der bisherigen Abneigung unerklärlich.

Uns erscheint die allermodernste Allianz mit Rußland weit weniger zuträglich, als eine Annäherung an England zu gemeinsamer Orientpolitik. Außerdem sagt uns der Platz an der Seite des freisinnigen Kulturvolks der Engländer viel mehr zu, als das Bündniß mit dem despotischen halbasiatischen Rußland. Das Whigkabinet hat zunächst alle Hände mit Reformen im Innern des Landes voll. Das 14köpfige Ministerium ist nunmehr vollzählig. 7 Mitglieder, die alte Garde der Whigs, waren schon früher Minister, die neuen müssen sich erst bewähren. Zweifel an ihren Leistungen sind nicht unbegründet. Der Handelsminister Chamberlain hat sich noch gar nicht im praktischen Staatsdienste versucht, der blinde Professor Fawcett ist ein Nationalökonom von tiefem Wissen, aber ob er Kenntnisse vom Postwesen besitzt, dem er vorgesetzt wird? Mundella, der in sozialen Zerwürfnissen vielfach versöhnend zwischen Arbeitgebern und -Nehmern auftrat, hat das Schulwesen erhalten. Dilke ist ein äußerst wissenschaftlicher Mann von feinster klassischer Bildung, hat aber noch keine Politik praktisch getrieben, gleichwohl erhielt er das Unterstaatssekretariat im Auswärtigen. Von den 7 früheren Ministern erhielt keiner das früher verwaltete Ressort wieder, sondern muß erst Erfahrungen in seinem neuen sammeln, sodaß die boshafte Bemerkung berechtigt ist: in dem neuen Ministerium stehe jeder Mann am unrechten Orte. Doch, das sind die Sorgen John Bulls selbst. Uns mag die tröstliche Thatsache genügen, daß in England jetzt wie in Frankreich Regierungen walten, die ihre Hauptstärke nicht in der Störung des auswärtigen Friedens, in der Beunruhigung Europas, sondern in ernster friedlicher Reformarbeit im Innern suchen. Das mag gewissen professionellen genialen Unruhestiftern unlieb sein, die Völker können nur davon profitiren.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 3. Mai. Reichstag. Die Liberalen thun alles Mögliche, um das Zustandekommen der von den Conservativen beantragten Gewerbegesetznovelle über das Theater-Concessionswesen zu vereiteln. Dieselbe bildet den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe beantragt v. Bernuth, diesen Gegenstand an den Schluß der umfänglichen Tagesordnung zu setzen, so daß er heute voraussichtlich gar nicht mehr an die Reihe kommen würde. v. Kleist-Retzow widerspricht, worauf Richter-Hagen die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelt und die Auszählung beantragt. Dieselbe ergiebt die Anwesenheit von 217 Mitgliedern, die Beschlußfähigkeit also ist glänzend konstatirt. v. Schlieckmann antwortet auf die Angriffe, die der Antrag auf Beschränkung der Theaterfreiheit gefunden. Auch die Conservativen wünschten, daß dem Volke für billiges Geld eine gute Erholung gewährt werde, aber die Volkstheater, diese mit anderen Vergnügungen verbunden sind gewährte eine solche nicht. Man solle dem deutschen Volke seinen Sonntag wiedergeben, so wie er früher begangen wurde. Von 1869 bis 1879 seien in Berlin 173 Theaterconcessionen ertheilt worden. Von den um die Concession Nachsuchenden waren 18 Schauspielunternehmer und Theaterdirektoren, 46 Personen, die schon vorher mit dem Theater in Verbindung standen, als Schauspieler, Musiker, Tanzlehrer 2c., 35 Rentiers und Kaufleute, 57 Restaurateure und Cafetiers und die übrigen gehörten verschiedenen Berufsständen an, darunter Tapezirer, Buchbinder, Cigarrenmacher, ein pensionirter Polizeiwachtmeister 2c. Man habe von Mangel an Theatern in Berlin gesprochen: voriges Jahr gab es 27 öffentliche und 406 Liebhabertheater daselbst. Lasker hält den Antrag an sich nicht für gewichtig, erblickt aber darin den Vorläufer für das in späteren Anträgen in Aussicht gestellte schwere Geschütz der Reaction. Die Gesetzgebung werde durch Gesetze, wie das vorgeschlagene, diskreditirt. Der Vorredner habe sich gegen die Ballets geäußert, aber hier im Opernhause wurden große Ballets recht saftig gegeben. Die Forderung der Stellung von Kautionen seitens der Theaterunternehmer hätte viel gewisser zum Ziele geführt wie das vorgeschlagene Gesetz. Er beantragt, daß Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen unzulässig sein sollen. Gneist für die Novelle. Jetzt bestehe eine Zwitterstellung, die bedenklicher sei, als absolute Gewerbefreiheit in dieser Branche und welche der Würde des Gesetzes nicht entspreche. Er giebt einige drastische Beispiele von „Theaterunternehmern" und ergänzt die v. Schlieckmann'schen Ziffern. Unter den 12 Unternehmern, denen voriges Jahr in Berlin Concession ertheilt wurde, waren ein früherer Schreiber, der später Anstreicher geworden, ein Arbeitsmann und ein Photograph. v. Czartoryski gegen die Novelle, weil er befürchtet, man werde dieselbe in den polnischen Provinzen als ein neues Mittel zur Unterdrückung der polnischen Nationalität anwenden. Jede Nation habe das Recht, als solche anerkannt zu werden. Nachdem sich noch Oechelhäuser gegen die Theaternovelle erklärt hat, wird dieselbe unter Ablehnung des Antrags Lasker mit großer Mehrheit angenommen. Zur dritten Berathung des Küstenfrachtfahrts-Gesetzes erklärt Minister Hofmann, daß das Gesetz, wie es in der 2. Berathung angenommen worden, für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei. Meier-Schaumburg: Wenn die Regierungen das Gesetz nicht annehmen, sei auch nichts verloren. Staudy empfiehlt einen Vermittelungs-Antrag. Schließlich wird der Gegenstand auf Antrag des Grafen Stolberg-Wernigerode von der Tagesordnung abgesetzt. Der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Uruguay ward debattelos angenommen. Die Diskussion über Verlängerung des deutsch-österr. Handelsvertrags eröffnete Bundesbevollmächtigter v. Philippsborn mit einer Empfehlung der Vorlage. Dr. Delbrück hält die heutige Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich nicht für eine provisorische, sondern für eine definitive, wenn auch nicht in formeller Hinsicht. Beide Gegner ständen sich wohlgerüstet gegenüber und würden bald einsehen, daß sie sich gegenseitig keinen Stoß versetzen könnten, worauf sie sich auf dem neutralen Gebiete des heutigen Provisoriums einigen würden. Er stimme dem Vertrage also ohne Hoffnungen auf die Zukunft zu. Dr. Löwe-Bochum hofft auf das Zustandekommen einer befriedigenden Uebereinkunft zwischen Deutschland und Oesterreich. Bamberger: Der Vertrag sei nichts als eine eingerahmte Null. Er tritt gegen den Antrag der sächsischen Regierung auf Einführung eines 25proc. Zolles auf den Veredelungsverkehr auf. Mit der diesem Antrage zu Grunde liegenden Logik müsse man alle Maschinenarbeit verbieten. Er spricht weiter gegen das System der Kampfzölle, das ein steriles sei. Minister Hofmann weist die Angriffe des Abgeordneten Bamberger zurück. Wenn der Zeitpunkt einer definitiven Vereinbarung eintreten werde, stehe noch nicht fest, es hänge das von den gegenseitigen Interessen ab. Die deutsche Regierung sei nicht schuld, wenn der Veredelungsverkehr nicht in dem Vertrag Aufnahme gefunden; die österreichische Regierung habe sich damit nicht einverstanden erklärt, weil die zollfreie Einfuhr von Rohleinen diesseits nicht zugegeben werden konnte. v. Varnbüler wider Bamberger, für die Vorlage. Oechelhäuser verbreitet sich ausführlich über die Schäden des neuen Zolltarifs. Grützner spricht sich für Handelsverträge mit Differentialzöllen, also gegen die bequemere Meistbegünstigungsklausel aus. Der Vertrag wurde angenommen.

Berlin, 3. Mai. Der Bundesrath berieth heute Nachm. über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag und den Antrag Hamburgs gegen die Einverleibung Altonas und der Vorstadt St. Pauli's in das Zollgebiet. Die revidirte Geschäftsordnung des Bundesraths tritt mit dem 10. Mai in Kraft. — Die „Norddeutsche" versichert der Fortschrittspresse gegenüber, es sei heute weniger als jemals auf den Rücktritt Bismarcks Aussicht. Der Reichskanzler erklärte selbst, daß er täglich, Dank der Zurückhaltung von den Parlaments-Arbeiten, größere Arbeitslust und Interesse an den ministeriellen Geschäften verspüre. — Gestern war Parlaments-Souper bei dem Fürsten Bismarck. — Das Reichstagspräsidium und die Regierung stellten den Reichstagsschluß auf den 11. Mai fest. — Der Sternwarten-Observator Knorre entdeckte am 2. d. einen Planeten und benannte ihn Oenone. — An der Börse treffen zahlreiche Dementi-Depeschen über die Petersburger Judenausweisung ein und werden auf ein von Königsberg ausgegangenes Börsenmanöver zurückgeführt, um die russische Valuta zu drücken.

Paris, 3. Mai. Die Communards verbreiten, daß die am 23. Mai zu erfolgende Gedächtnißfeier die Regierung entschlossen sei zu, verhindern.

Petersburg, 2. Mai. Der Attentäter aus dem Winterpalast, der Tischler Szewicz, hat bereits Geständnisse abgelegt; so telegraphirte der englische Botschafter Lord Dufferin nach London.

Locales und Sächsisches.

— Unter Jubelruf und Hurrahs bestieg am Sonntag Nachmittag Se. Maj. der König mit Gemahlin den bei Cossebaude gelegenen Osterberg, woselbst sie etwa eine halbe Stunde verweilten. Ein Theil der munteren Jugend bildete Spalier, während ein anderer Theil einem auf dem Berge zufällig anwesenden Militärvereine die Ankunft mit den Worten: „Der König kimmt, der König kimmt!" verkündete. Unter Führung des Bergrestaurateur Leuschner bestieg das hohe Königspaar die Plattform des dortigen Restaurationsgebäudes, um von da aus die herrliche Aussicht zu genießen.

— Der Präsident des Landes-Medicinal-Collegiums Dr. Reinhardt hierselbst, hat das Comthurkreuz 2. Klasse vom Verdienstorden erhalten.

— Vor vielen Jahren hatte ein menschenfreundlicher Dresdner Einwohner, ein Advokat, eine Stiftung gemacht, welche dazu bestimmt war, unehelich niederkommenden Personen ein Asyl zu gewähren und auch ihren unehelichen Kindern bis zu ihrer weiteren Versorgung eine Unterkunft zu bieten. Da das noch nicht 20,000 Thaler betragende Kapital für den beabsichtigten wohlthätigen Zweck voraussichtlich nicht genügt haben würde, so hatte der Stifter selbst die Bestimmung getroffen, das Kapital durch die Zinsen bis auf 50,000 Thaler anwachsen zu lassen. Da aber diese Summe immer noch zu niedrig erschien, so hat man das Kapital bis ungefähr auf 150,000 Thaler anwachsen lassen. Während nun einerseits gedrängt wird, die Stiftung endlich zur Ausführung zu bringen, zögert man andererseits, weil das Kapital immer noch zu niedrig erscheint. Aus diesem Grunde ist der Vorschlag gemacht worden, welcher gerechte sittenpolizeiliche Bedenken heben dürfte, die Wöchnerinnen bei Hebammen unterzubringen und von dem Bau eines Entbindungshauses überhaupt abzusehen. Die unehelich Gebärenden müssen aber streng überwacht werden, weil unter diesen Kategorien verschiedene Elemente unterlaufen. Andererseits hat es wohl nicht im Sinne des Stifters gelegen, ein theueres, comfortables Entbindungsinstitut für 50,000 Thaler zu bauen, wie es der Bauanschlag fordert, sondern ein einfaches Gebäude herzustellen, zu kaufen oder zu miethen und dort die Frauen unterzubringen. Wenn man hier gut und auf einfache Weise wirthschaftet, einen Arzt mit seiner Familie im Hause wohnen läßt und ihn zugleich verpflichtet, die Wirthschaft und Oekonomie durch seine Familien-Glieder führen zu lassen, so kann man den kostbaren Apparat eines Hausverwalters ersparen. Oder man setze einen Hausverwalter in das Haus, welcher mit einem Schreiber die schriftlichen Hausarbeiten und die Oekonomie in einer Person zu vertreten hat. Um billig und gut in der zu gründenden neuen Anstalt zu wirthschaften, läßt sich aber auch noch mancher andere Ausweg treffen.

— Bei Eröffnung der Post- und Telegraphenstation Weißer Hirsch am 1. Mai a. c. wurde das erste Telegramm an Se. Excell. Herrn Staatssekretär Dr. Stephan nach Berlin gesandt und lautete: „Von den ozonreichen Höhen des Weißen Hirsches sei Dir, Kulturbeförderer des Reiches, zuerst Gruß und Dank dargebracht vom Ortsverein Weißer Hirsch und Oberloschwitz". Kurz darauf kam folgende Antwort: „Besten Dank für Ihr Telegramm und fröhliches Gedeihen dem hübschen Kurort vermöge des Ozons, aber auch der sonstigen Stärkungsmittel. Dr. Stephan."

— In der Nacht zum Montag begegnete in der Stadt ein Offizier einem Unteroffizier und fragte ihn nach dem Nachtzeichen. Da der Unteroffizier kein solches hatte, wollte der Offizier ihn arretiren. Jener war vermessen genug, sein Seitengewehr gegen den Offizier zu ziehen, so daß dieser zur Nothwehr den Säbel zückte und damit die Arretur des Soldaten bewirkte. Der Unteroffizier, welcher gestern früh als Arrestat ins Militär-Arrestlokal transportirt wurde, wird seine schwere Insubordination schwer zu büßen haben. Gleichzeitig erzählt man sich, daß am Sonntag Nachmittag in einer Villa zu Strehlen ein Offizier einen Soldaten wegen Dienstvergehens verhaften wollte, daß derselbe sich jedoch mittelst Flucht der Verhaftung entzog.

— Der Andrang bei der Stadtsteuer-Einnahme im Gewandhaus zur Abentrichtung der Einkommensteuer ist sehr groß. Recht bitter aber ist es für pünktliche Steuerzahler, wenn sie bei ihrem Fortgehen auch außer dem losgewordenen Gelde noch den Hut los werden. Solche Fälle sollen in letzter Zeit häufig vorgekommen sein und man nimmt an, daß ein einziger Gauner